Forderung an die Kammer, sich sofort für oder gegen das Kabinett auszusprechen.

Verfall nach der Regierungserklärung nur bei den Sozialisten und einem geringen Teil der Radikalen. Alle andern Parteien verhielten sich zurückhaltend. Gleichzeitig verließ im Senat der Justizminister Colrat die Regierungserklärung. Dort kam es zu heftigen antiherrriotistischen Kundgebungen. Die Senatoren unterbrachen den Redner mit lauten Rufen: **„Nieder mit Herriot! Demission!"**

Der Finanzminister ohne Kasse

Zum Anschluß an die Verlesung der Regierungserklärung in der Kammer sprach zuerst der Kommunist Cachin, dann Borel und der Sozialist Auriol. Dann betrat der Finanzminister de Monzie die Tribüne. Er entwarf ein, wie er betonte, wahrheitsgetreues, aber in finstersten Farben gehaltenes Bild der Finanzlage und speziell des französischen Schatzamtes. Unter lebhafter Bewegung der Versammlung erklärte er, daß sich gegenwärtig

kein Centime mehr in der Staatskasse befinde.

Hier unterbrach ihn Briand und erklärte unter stürmischem Beifall der Mehrheit in heftigen Worten, daß für diesen trostlosen Stand der Treforie nicht die Vorgänger von de Monzie verantwortlich gemacht werden könnten. Die Lage habe sich in den letzten 48 Stunden erst derartig zugespitzt, indem **ein ungeheurer Andrang auf die Sparkassen eingesetzt habe** und eine Unmasse von Nationalbonds und Staatsscheinen zur Rückzahlung bei sämtlichen Kassen in Paris und in der Provinz **vorgelegt worden** sei. Nach dieser Intervention Briands, die auf die Versammlung einen tiefen Eindruck machte, wurde die Sitzung aufgehoben. In einer neuen Sitzung setzte de Monzie seine Rede fort und sagte, die Bank von Frankreich habe soeben noch 150 Millionen Papierfrank für die Staatskasse zusammengesucht.

Herriots letzter Rettungsversuch

In der Nachtsitzung hatte Finanzminister de Monzie **festgestellt, daß sich in den Staatskassen noch 150 Millionen Frank befänden, und den Standpunkt vertreten, daß Frankreich aus eigener Kraft die Stabilisierung durchführen könne.** Er kündigte an, daß er innerhalb 48 Stunden seine Finanzvorlage der Kammer unterbreiten werde.

Dann ergriff noch einmal Herriot das Wort. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, das Kabinett Briand meuchlings erdolcht zu haben. Sein Eingreifen sei aus prinzipiellen Gründen erfolgt. Das Land wolle nichts von Vollmachten wissen und ebensowenig von Auslandsanleihen. **Er wolle die Stabilisierung nicht von der Ratifizierung der Kriegsschuldabkommen abhängig machen. Frankreich sei kräftig genug, um seine Währung aus eigenen Mitteln zu stabilisieren. Allerdings müsse das Land erkennen, daß im gegenwärtigen Augenblick Opfer notwendig seien.**

Vor der Abstimmung erklärte noch der Radikalsoziale Franklin Bouillon, der scharfe Gegner Herriots in seiner eigenen Fraktion, daß er gegen die Regierung stimmen werde, weil Herriot sich mit seinem Angriff auf das Kabinett Briand-Caillaux, der es stürzte, einer schamlosen Handlung schuldig gemacht habe.

Die Fraktionen bei der Abstimmung

Paris, 22. Juli. Ueber die Abstimmung wird bekannt: Gegen das Vertrauensvotum stimmten geschlossen die Kommunisten und die reaktionären Rechtsparteien. Die Sozialisten stimmten für den Vertrauensantrag. Von den Sozialradikalen stimmte die Mehrzahl dafür, andere enthielten sich der Stimme und einige stimmten dagegen. Im Zentrum überwogen die gegen die Regierung abgegebenen Stimmen. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Radikalen und den Sozialisten mit dem Rufe: Es lebe Herriot! aufgenommen.

•

Bankrott der Staatsbank — oder Inflation

P. **Paris**, 22. Juli. (Eig. Funkspruch.) Im Laufe der Nachtsitzung hat die Kammer nach dem Rücktritt des Kabinetts Herriot auf Antrag des zurückgetretenen Finanzministers de Monzie noch eine Vorlage angenommen, durch welche die Bank von Frankreich ermächtigt wird, **den Restbestand des Morgan-Fonds, etwa 40 Millionen Devisen,** zur Deckung der dringlichsten Bedürfnisse des Schatzamtes zu verwenden. De Monzie hatte erklärt,

falls das Parlament diese Vorlage nicht annehme, so müsse die Bank von Frankreich am Donnerstag morgen ihre Schalter schließen.

Im Namen der Sozialisten hat Vincent Auriol die Vorlage heftig bekämpft. Es habe sich im Parlament eine neue Mehrheit gebildet. Diese möge die Verantwortung übernehmen, aber nicht die Regierung, die nicht mehr vorhanden sei. Die verlangte Verwendung des Fonds bedeute automatisch **eine Erhöhung des Notenumlaufs um dieselbe Summe. Man stehe einem Erpressungsversuch der Bank gegenüber.** Die Regierung, die es unternehme, gegen die Banken vorzugehen, habe das ganze Land hinter sich. Auriol fand jedoch mit seinen Ausführungen nur Beifall bei den Sozialisten. Für die Reaktion verteidigte Bokanowski die Vorlage, die dann auch **mit 275 gegen 195 Stimmen angenommen wurde.** Gegen 3 Uhr morgens hat auch der Senat, wenn auch unter ausdrücklicher Bekämpfung der Nachteile der beschlossenen Operation, die Vorlage verabschiedet.

So tut die Inflation unaufhaltsam ihren Lauf!

•

Parlamentsfeindliche Demonstration

P. **Paris**, 22. Juli. (Eig. Funkspruch.) **Am Mittwoch abend hielten bis spät in die Nacht hinein vor der Kammer außerordentlich scharfe antiparlamentarische Kundgebungen statt. Mehrere tausend Personen umlagerten das Parlamentsgebäude und verhöhnten die Abgeordneten, das Parlament und insbesondere die Linke und Herriot, dessen Rücktritt stürmisch gefordert wurde. Teilweise versuchte die Menge mit Gewalt in die Kammer einzudringen. Die Polizei und die herbeigerufene republikanische Garde waren, trotz starken Aufgebots, fast völlig machtlos, da die Zahl der Manifestanten sehr rasch auf Zehntausend anstieg. Mehrere kommunistische Abgeordnete, die die Kammer verlassen wollten, entgingen nur mit Mühe schweren Mißhandlungen. Erst gegen 1 Uhr morgens, als ein kalter Regen niederging, zerstreute sich die Menge.**

Während der Demonstrationen ist es auch zu Schlägereien und Verletzungen gekommen. Eine kleine Gruppe rief: „Es lebe Herriot!", worauf sie überfallen und niedergeschlagen wurde. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

•

Poincaré Ministerpräsident

P. **Paris**, 22. Juli. (Eig. Funkspruch.) **Als erste Folge des Sturzes Herriots, den die gesamte reaktionäre Presse heute morgen mit lärmender Freude begrüßt, ist die Beauftragung Poincarés mit der Kabinettsbildung durch den Präsidenten der Republik Doumergue anzusehen, die noch im Laufe der Nacht erfolgt ist. Poincaré hat angenommen und wird bereits am Donnerstag vormittag seine Besprechungen beginnen. Allem Anschein nach wird er ziemlich rasch ein Kabinett zusammenbringen. In der Kammer selbst hat am Mittwoch der Wunsch der Bildung eines „Kabinetts der nationalen Einheit" stark um sich gegriffen. Gegen 250 Abgeordnete haben ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben an Doumergue gerichtet und ihn aufgefordert, alles daranzusetzen, um ein über den Parteien stehendes „Kabinett der nationalen Einheit" zustande zu bringen. Poincaré soll denn auch die Absicht haben, mehrere frühere Ministerpräsidenten, so Berthou, Briand und Leyghues in sein Kabinett aufzunehmen; dazu Tardieu und den Gegner Herriots in der radikalsozialen Partei, Franklin-Bouillon. Ein solches Ministerium der nationalen Einheit würde, da Poincaré persönlich das Finanzministerium übernehmen wird, in Wirklichkeit einen ausgesprochen reaktionären Charakter haben. Ob es das Finanzproblem lösen kann, ist eine andre Frage.**

Auch eine Regierung

SPD. Die Ernennung des Ministerialdirektors Bünder zum Staatssekretär der Reichskanzlei ist am Mittwoch trotz allen öffentlichen Protesten erfolgt — und dann hat der Reichskanzler einen längeren Urlaub angetreten. Als sein Stellvertreter soll Herr Geßler amtieren. Er ist aber ebenfalls von Berlin abwesend, und so hat es der Zufall gewollt, daß der stellvertretende Reichskanzler Geßler auch wieder würdig vertreten wird durch den dienstältesten Minister, den Reichsarbeitsminister Brauns. Die Geschäftsführung der Reichskanzlei ist damit glücklich in die Hände des Mannes gelangt, der hinter den Kulissen seit der Amtstätigkeit des Herrn Marx sowohl in der Reichskanzlei wie im Kabinett der treibende Keil ist.

Als erster Repräsentant des gegenwärtigen zweideutigen Regierungskurses wird Herr Brauns während der Abwesenheit des Reichskanzlers seinem Kinde alle Ehre machen. Exponieren dürfte er sich kaum, dafür ist er zu klug. Aber er wird mit seinem Vertrauensmann in der Reichskanzlei, dem neuen unpolitischen Staatssekretär, dafür Sorge tragen, daß in der Regierungspolitik um Gottes willen keine klare Linie ersichtlich wird. Entscheidungen, die rechts Anstoß erwecken könnten, werden selbstverständlich nach Möglichkeit vertagt, bis Herr Marx zurückgekehrt ist. Willig und gefällig, wie er nun einmal ist, wird dann die Kulissenarbeit des Herrn Brauns in ihrem vollen Umfang wieder einsetzen können. Mit welchem Ausgang, kann nach der Flaggenverordnung, der Personal- und Zollpolitik nicht zweifelhaft sein. Wofür hat Herr Brauns schließlich auch einen maßgebenden und willigen Vertrauensmann in der Reichskanzlei?

Stahlhelmmoral

Die Gründe, die die Spaltung des Stahlhelm in Braunschweig veranlaßt haben, sind jetzt bekannt geworden. Der Landesverbandsführer Uhlenhaut hat es danach stets meisterhaft verstanden, in die eigene Tasche zu arbeiten. So hat er als Geschäftsführer der Stahlhelm-Wohnungsbaugesellschaft sich selbst Aufträge auf Lieferung von Fliesen im Werte von 12 000 M. erteilt, die er von der Bauleitung niemals erhalten hätte. Die Bauleitung hat auch seine Fliesen nicht abgenommen, trotzdem Uhlenhaut sich selbst schon einen Scheck über 6000 M. ausgestellt hatte.

Die ausgeschlossenen 20 Kameradschaftsführer haben wegen dieses Verhaltens (es ist das einer der 47 Anklagepunkte gegen Uhlenhaut) Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft in Braunschweig gestellt. Dabei ist bekanntgeworden, daß der Bundesführer Seldte des Stahlhelms der Hauptgläubiger Uhlenhauts ist und aus diesem Grunde Uhlenhaut noch immer hält. Uhlenhaut hat sich auch von den Opelwerken ein Auto zur Verfügung stellen lassen, da er nicht nur Kohlen- und Baumaterialienhändler, sondern auch Automobilvertreter ist. Die Kosten für das Auto, das Chauffeurgehalt usw. hat er stets dem Stahlhelm in Rechnung gestellt. Auch für sich selbst berechnete er für Fahrten zu Fahnenweihen und sonstigen Repräsentationen 20 Pf. für das Kilometer. Seine Buchhaltung war außerordentlich nachlässig. So suchen die verantwortlichen Stellen der „Stahlhelm-Heimgenossenschaft" (das ist die Kneipe der Stahlhelmler) nach 4000 M., die einmal in der Kasse des Heims gewesen sein sollen und jetzt spurlos verschwunden sind. Sie sollen für die Kapelle des Stahlhelms oder für die Sportlehrabteilung Verwendung gefunden haben. Ein Nachweis darüber ist nicht zu erbringen.

Die Ortsgruppen Hamburg, Stettin, Halle u. a. haben den Braunschweiger Kameradschaftsführern bereits mitgeteilt, daß sie hinter ihnen stünden und sie gegen Seldte und Uhlenhaut Stellung nehmen werden. Der neugegründete Stahlhelm in Braunschweig (die 1600 Ausgeschlossenen) will in Zukunft politisch „neutral" sein und den bisherigen scharfen Rechtskurs vermeiden. In gewissen Fragen beabsichtigt der neue Stahlhelm sogar mit den links orientierten Kreisen zusammenzugehen. Unter Uhlenhaut war der Stahlhelm gerade in Braunschweig besonders stark rechts eingestellt.

Die Schützlinge der Justiz

Stahlhelmer untereinander

Am Dienstag hat in Braunschweig eine starkbesuchte öffentliche Versammlung des Frontkriegerbundes stattgefunden, in der der Mitarbeiter Ludendorffs, der völkische Oberstleutnant Ahlemann, über „Seldte, Uhlenhaut und der Stahlhelm" sprach. Ahlemann versuchte, die ausgeschlossenen 1600 Stahlhelmer zu sich herüberzuziehen. Die Versammlung verlief aber sehr lebhaft und artete zeitweise in wüsten Tumult aus. Zwischenrufer bezeichneten Seldte als Lumpen. Auch der Führer des Hindenburg-Bundes aus Hannover, Major von Waldow, lockte die Stahlhelmer zu sich herüber. Er sagte u. a., daß der Verband Hindenburg während der Bierkellerrevolution am 9. November 1923 fiebernd den Ruf aus München erwartet habe, um die Schmach von 1918 zu rächen, aber der Ruf sei nicht gekommen. Von Diskussionsrednern wurde behauptet, daß Seldte bis jetzt jeder Auseinandersetzung aus dem Wege gegangen und daß er feige sei. Auch zu dieser Versammlung waren der Bundesführer Seldte und der Landesverbandsführer Uhlenhaut öffentlich geladen. Aber beide waren nicht erschienen. Seldte und Uhlenhaut wurden von keinem der anwesenden 2000 Versammlungsteilnehmern verteidigt.

In Braunschweig herrscht stärkste Verwunderung, daß Seldte nicht den Mut gefunden hat, zu erscheinen, zumal er noch vor einigen Monaten in einer Riesenversammlung in Braunschweig geäußert hat, daß die Minister der meisten deutschen Länder „Rappstilzen" seien und die Abgeordneten in den deutschen Parlamenten als „nasse Unterhosen" bezeichnete. Die Stimmung ist jetzt vollkommen umgeschlagen, und man beginnt auch in den Rechtskreisen einzusehen, daß der verantwortliche Redakteur Thielemann vom Volksfreund in Braunschweig, der dreimal wegen Beleidigung des Stahlhelmführers Uhlenhaut mit 200, mit 700 bzw. 350 M. verurteilt wurde, zu Unrecht bestraft worden ist. Die Verurteilung ist für den Justizminister und die Richter um so peinlicher, als der Amtsgerichtsrat Giesecke an die Verurteilung in erster Instanz eine schwere Beleidigung der sämtlichen Volksfreund-Redakteure knüpfte, indem er in der Urteilsbegründung aussprach, daß Volksfreund-Redakteure als ihre Hauptaufgabe betrachteten, vaterländisch gesinnte Männer durch den Dreck zu ziehen. Jetzt haben sich die Vorwürfe, die seinerzeit vom Volksfreund erhoben wurden, die 1600 Stahlhelmer mit neuem, wichtigem Material zu eigen gemacht. Thielemann wird wahrscheinlich jetzt zum zweitenmal ein Wiederaufnahmeverfahren anstrengen.

Kleine politische Nachrichten

Protest gegen französische Uebergriffe. Vor drei Wochen leisteten sich die französischen Besatzungstruppen in Germersheim eine ganze Reihe von Gewalttätigkeiten gegen die dortige Bevölkerung. Die Reichsregierung hat diese Vorfälle zum Anlaß einer Beschwerdenote genommen, die am Mittwoch durch den Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz der Interalliierten Rheinlandkommission übermittelt wurde.

Arbeitsrechtlicher Informationskursus. Die Wissenschaftliche Arbeitsstelle der Volkshochschule Leipzig veranstaltet vom 16. bis 18. September in Düsseldorf einen arbeitsrechtlichen Informationskursus für die Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten und alle diejenigen, die sich berufsmäßig mit Arbeitsrecht befassen müssen. Als Referenten sind gewonnen die Professoren Dr. Sinzheimer, Frankfurt, Dr. Potthoff, München, Dr. Lutz, Richter, Leipzig, Ministerialrat Georg Flatow, Berlin, und Clemens Nörpel, Berlin. Die Teilnahme an dem Kursus ist allen Interessenten zugänglich. Alles Nähere ist bei der Wissenschaftlichen Arbeitsstelle der Volkshochschule Leipzig, Leipzig S. 3, Barnaische Straße 108, zu erfragen.

Verrat „militärischer Geheimnisse"

Vier Jahre Zuchthaus für den Schuldigen

Leipzig, 22. Juli. Der 21jährige Arbeiter Hermann Schlafke aus Kattowitz hatte sich gestern wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse vor dem Ferienstrafsenat des Reichsgerichts zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Angeklagte, der polnischer Staatsangehöriger ist, soll im Jahre 1926 versucht haben, militärische Geheimnisse den polnischen Spionageoffizieren zu übermitteln. Einen Schulfreund, der bei der Reichswehr diente, versuchte der Angeklagte hierfür zu gewinnen. Das Gericht verurteilte Schlafke zu vier Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrenrechtsverlust. Polizeiaufsicht ist gleichfalls für zulässig erklärt worden.

Berufsausbildung Arbeitsloser

Eine dringende Aufgabe

Das Programm der Reichsregierung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das heute und morgen in den Besprechungen zwischen Reich und Ländern durchgeprüft wird, weist eine empfindliche Lücke auf: das Programm enthält nämlich kein Wort über die

Fortbildung der arbeitslosen Jugendlichen.

Der größte Teil der arbeitslosen Jugendlichen besteht aus ungelernten oder halbgelernten Arbeitskräften. Die mangelhafte Schulbildung während der Kriegszeit und die starke Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften aller Art in der Inflationszeit sind schuld daran, daß die erwerbstätige Jugend in ihrer Berufsausbildung vielfach nicht weit gekommen ist. Nun müssen wir damit rechnen, daß in einigen Jahren, wenn sich der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, neuerdings die Nachfrage nach den ungelernten jüngeren Arbeitskräften steigt und damit endgültig die Gelegenheit vorüber ist, der Masse der ungelernten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, soweit sie sich zur Qualifizierung eignet, eine bessere Berufsausbildung zu geben. Jetzt, zur Zeit der Arbeitslosigkeit ist die beste Gelegenheit, um das wieder gutzumachen, was während der Kriegs- und Inflationszeit an der heranwachsenden Arbeitergeneration gesündigt worden ist. Es wäre deshalb Pflicht der Reichsregierung, im Rahmen ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms eine großzügige und systematische Fortführung der Berufsausbildung der Jugendlichen während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu sichern.

Nötig ist eine systematische Berufsausbildung der erwerbstätigen Jugend vor allem auf drei Gebieten:

1. **Handwerkliche und fabrikmäßige Ausbildung,** d. h. Ausbildung für Schlosser, Tischler, Mechaniker, Elektrotechniker usw.

2. **Ausbildung für kaufmännische Angestellte** in Buchführung, Rechnen, Sprachen, Stenographie und dergleichen.

3. **Ausbildung im Haushalt** (Küche und Näharbeit).

Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um volle Berufsausbildung. Allein die Grundelemente der verschiedenen Berufe können in der Fortbildung sehr wirksam zur Entfaltung gebracht werden. Die Lehrer für die Fortbildung können aus den Reihen der erwerbslosen Lehrkräfte entnommen werden. Räume stehen in den Berufsschulen genügend zur Verfügung.

Bei dieser wichtigen Frage hängt alles von der

Initiative der Gemeinden

ab. Die Länder sind bereit, mit finanzieller Unterstützung die Fortbildung zu fördern. Uebrigens zeigen die glänzenden Erfahrungen, die man in Düsseldorf und im sozialdemokratisch verwalteten Wien mit der Berufsausbildung der arbeitslosen Jugendlichen hat sammeln können, daß die Berufsausbildungsarbeit sich sehr gut bezahlt macht. Auch die Werkzeuge werden ja zum Teil durch die eigene Arbeit der Berufsausbildungsschüler hergestellt. Die Fortbildung ist also unmittelbar produktiv. Daß sie mittelbar produktiv ist, beweist die Nachfrage nach qualifizierten Kräften, jetzt, mitten in der Arbeitslosigkeit. Auf alle Fälle ist diese Fortbildungsarbeit produktiver als gewisse Notstandsarbeiten, die von manchen Gemeinden vorgenommen wurden.

Reich, Länder und Gemeinden haben jetzt Gelegenheit zu einer großzügigen und systematischen Berufsausbildung der jugendlichen und jüngeren Arbeitslosen. Tausende dieser Jugendlichen werden später einer vorausschauenden Politik Dank wissen, die ihnen dazu verhalf, die Lücken ihres Wissens und Könnens auszufüllen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260722/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG